



Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441  
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail [ralf.witzel@landtag.nrw.de](mailto:ralf.witzel@landtag.nrw.de)

Düsseldorf, 22. Juni 2019

## ***PRESSEINFORMATION***

### **Grundsteuerwurks rechtfertigt keinen Jubel: Witzel antwortet OB Kufen**

Mit Unverständnis hat Essens FDP-Landtagsabgeordneter Ralf Witzel die Freude von Oberbürgermeister Thomas Kufen über die Grundsteuereinigung innerhalb der Bundesregierung vernommen. Kufen hatte diese soeben als „gute Nachricht“ bezeichnet und mit zahlreichen Erwartungen an die überregionale Politik verbunden.

Witzel teilt diesen Optimismus aktuell ausdrücklich nicht: „Die schwierigen Verhandlungen beginnen erst jetzt. Die Pläne der Bundesregierung erfordern verfassungsändernde Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat. Dafür sind auch FDP und leider Grüne notwendig, die in entscheidenden Fragen absolut konträre Zielsetzungen verfolgen. Wir sind selbstverständlich zur konstruktiven Mitwirkung bereit, wollen aber erkennbare Verbesserungen für die Bürger, Betriebe und die Verwaltungsarbeit erreichen.“

Aus liberaler Sicht werden die mehreren von Oberbürgermeister Kufen genannten Anforderungen im vorliegenden Modell von Bundesfinanzminister Olaf Scholz gerade nicht erreicht. „Der Gesetzentwurf sieht eine umfangreiche Neubewertung jedes einzelnen Grundstücks und Gebäudes in der Stadt vor. Das wäre allein in Essen eine Herkulesaufgabe mit maximal bürokratischem Aufwand und hohem Rechts- wie Einnahmerisiko für die Stadt. Die vorgesehene neue Grundsteuer wird weder gut administrierbar sein, noch kommunale Planungssicherheit gewährleisten, sobald die Neubewertungen erwartungsgemäß eine Klagewelle auslösen. Nur wenn tatsächlich weitgehende Öffnungsklauseln für die Länder beschlossen werden, können wir im Land den Murks reparieren“, warnt Witzel.

Die von der Stadtspitze geforderte Aufkommensneutralität hält die FDP ebenfalls für wünschenswert, aber unwahrscheinlich. Der Bund der Steuerzahler hat für das vorliegende Wertmodell massive Mehrbelastungen für die Großstädte unseres Landes von 70 bis 170 Prozent prognostiziert. Hier sei allein die Politik vor Ort in der Lage, mit Hebesatzsenkungen unvermeidbare Kostensprünge zu verhindern. Da das Land diese nicht erwirken könne, sei der Wunsch des Oberbürgermeisters eher eine Handlungsaufforderung an sich selbst.